

Schweiz

Tages-Anzeiger vom 08.03.2006

Im Kampf gegen Folter abgehängt

Der Bundesrat beschönigt - und erntet scharfe Kritik. Denn nun steht fest: Die Schweiz wird nicht dabei sein, wenn das von ihr vorgeschlagene Uno-Abkommen gegen die Folter in Kraft tritt.

Von Bruno Vanoni, Bern

Nach den grossen Folterdebatten der letzten Wochen könnte der Zweck des Abkommens nicht aktueller sein: Ein Uno-Unterausschuss soll jederzeit Kontrollbesuche in Gefängnissen und Polizeistationen machen können. Zudem soll jeder Vertragsstaat eine unabhängige Fachinstanz einsetzen, welche die Behandlung eingesperrter Personen überwacht.

Das Abkommen ist vor gut drei Jahren von der Uno-Generalversammlung beschlossen worden, was der Bundesrat als Erfolg für unser Land gefeiert hat. Denn eigentlich war es die Schweiz gewesen, welche die Ergänzung der Anti-Folter-Konvention der Uno durch konkrete Kontroll- und Präventionsmechanismen vorgeschlagen und jahrelang «massgeblich» vorangetrieben hatte. Das so genannte Fakultativprotokoll, das schliesslich gegen den Willen der USA verabschiedet werden konnte, gilt freilich erst, wenn es 20 Staaten ratifiziert, also voll akzeptiert haben.

Faktisch ist diese Hürde jetzt erreicht: Denn 17 Staaten haben die nötigen Ratifikationsurkunden bei der Uno hinterlegt. Und in 3 weiteren Ländern (Benin, Honduras und Spanien) haben die Parlamente die Ratifikation beschlossen, wie die internationale Vereinigung für die Prävention von Folter (APT) weiss: Es werde bloss noch drei, vier Wochen dauern, bis die Uno von diesen Entscheiden formell ins Bild gesetzt sei - und das Anti-Folter-Protokoll in Kraft treten könne.

Damit ist klar: Die Schweiz wird ihr erklärtes Ziel verpassen, unter den 20 Ländern zu sein, welche die Umsetzung des Abkommens prägen und namentlich die zehn Mitglieder des Kontrollausschusses wählen können. Doch in seiner Antwort auf einen parlamentarischen Vorstoss der Zürcher SP-Nationalrätin Vreni Müller-Hemmi verschweigt der Bundesrat, dass die Schweiz ihre Vorreiterrolle im Kampf gegen Folter verloren hat. Er behauptet vielmehr weiter: «Es ist nach dem heutigen Stand nicht ausgeschlossen, dass die Schweiz das Fakultativprotokoll als einer der ersten 20 Staaten ratifiziert.»

Konkret kündigt der Bundesrat bloss an, er werde dem Parlament noch im laufenden Jahr eine Botschaft unterbreiten, damit es die Ratifikation zusammen mit gesetzlichen Grundlagen für die nationale Kontrollinstanz beschliessen kann. Insgesamt dürfte also mindestens ein Jahr verstreichen, bis die Schweiz beim Anti-Folter-Protokoll mitmachen kann.

Zögerlich und auf Sparflamme

Für Nationalrätin Müller-Hemmi, die Präsidentin der parlamentarischen Gruppe für Menschenrechte, ist die Antwort des Bundesrates «sehr beschönigend und politisch inakzeptabel». Denn in letzter Zeit sei noch augenfälliger geworden, wie wichtig wirksame Instrumente gegen die Folter sind. In der überparteilichen

Parlamentariergruppe werden denn auch Vorstösse vorbereitet, um weiter Druck für ein rasches und konsequentes Mitmachen beim Anti-Folter-Protokoll zu machen. Die liberale Genferin Martine Brunschwig Graf soll bereits in der nächsten Fragestunde intervenieren. «Mit Besorgnis» haben gestern auch sechs Schweizer Menschenrechtsorganisationen auf die «ausweichende und unpräzise Antwort» reagiert. Amnesty International, APT und weitere Fachorganisationen kritisieren nicht bloss das anhaltend zögerliche Vorgehen des Bundesrates und des federführenden Justizministers Christoph Blocher: Er hatte die Ratifikation vor zwei Jahren zu verhindern versucht und sich in der Folge viel Zeit gelassen mit der Ausarbeitung konkreter Umsetzungsvorschläge.

Die sechs Organisationen machen auch geltend, dass die bundesrätlichen Vorschläge die Minimalvorgaben des Anti-Folter-Protokolls verletzen. Es verlange nämlich, dass die nationale Kontrollinstanz entschädigt und von einem permanenten Sekretariat unterstützt werde. Der Bundesrat hingegen will aus Spargründen bloss ein Gremium von ehrenamtlich tätigen Experten schaffen - was mittlerweile auch von Kantonen wie Zürich kritisiert worden ist. Für die SVP hingegen ist es unnötig, dass die Schweiz beim Anti-Folter-Protokoll auch nur auf Sparflamme mitmacht.